

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Einzelhefte oder deren Namen im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe,
Invalidenten: Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberhard B. Thiemens, Greifswald: G. Mies, Halle a. S.
Jul. Bard & Co., Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Die Friedensverhandlungen.

Bezüglich des Waffenstillstandes zwischen der
Türkei und Griechenland wird jetzt aus Konstanti-
nopol gemeldet, die Türkei bestünde darauf,
das Griechenland im türkischen Hauptquartier
Schritte wegen des Waffenstillstandes unter-
nehme; die Türkei wünsche kurze Dauer des
Waffenstillstandes, indem sie auf die Gefahr des
Mißbrauchs seitens der Griechen hinwies und
sich zu eventuell notwendiger Verlängerung be-
reit erklärte. Die Mächte sind hingegen be-
müht, die sofortige Feststellung einer für die
Beendigung der Friedensverhandlungen aus-
reichenden Dauer des Waffenstillstandes herbei-
zuführen.

Die Friedensverhandlungen haben noch nicht
begonnen. Der Hof wurde allerseits erklärt,
daß keinerlei Aussicht auf eine Eröffnung der
durch die Mächte festgesetzten Friedensbedingun-
gen vorhanden sei. Trotzdem dauert in Kon-
stantinopel die Agitation für die Angliederung
Thessaliens fort. Wenn die „Polit. Kor.“ gut
berichtet ist, fängt man dagegen in Athen an,
einzusehen, daß man mit einfacher Verneinung
aller Vorschläge nicht durchkommt. Das genannte
Organ berichtet:

„Nach einer uns aus Athen zugehenden
Meldung wird die türkische Forderung betreffend
die Zahlung einer Kriegsschuldung in den
griechischen Regierungskreisen prinzipiell nicht
mehr abgelehnt, es werde jedoch geltend gemacht,
daß von Griechenland mit Rücksicht auf dessen
finanzielle Lage keine höhere Entschädigung, als
diejenige, welche die Türkei als Entgelt für die
thessalischen Kriegskosten der Türkei beizubringen
kann, gefordert werden könne. Es heißt, daß die
Mächte diesen Standpunkt als berechtigt anerkennen
und denselben bei den Verhandlungen mit der
Türkei über die Höhe der Kriegsschuldung vertreten
werden.“

Aus Konstantinopel kommt ferner die Nach-
richt, daß die Regierung jetzt eine Reorganisation
der Flotte herbeiführen will, welche sich während
des Krieges so völlig unbrauchbar erwiesen hat;
es wird in dieser Beziehung berichtet:

„Veranlaßt durch die andauernde Erregung
der mohamedanischen Kreise über die Untätigkeit
der türkischen Marine während des letzten Krieges
und durch das ziemlich allgemein geäußerte Ver-
langen nach Erziehung des Marineministers, so-
wie durch in gleichem Sinne erfolgte An-
gebungen des Offizierskorps des in den Dar-
danellen liegenden Geschwaders richtete der Sul-
tan eine Depesche an den Geschwaderkomman-
danten, welche befohl, der Marineminister habe
den Sultan über den Zustand der Flotte un-
genügend unterrichtet, und der Sultan werde
nach Beendigung des Krieges die Reorganisation
der Flotte veranlassen und sofort drei Panzer-
schiffe zur Neubereitstellung nach England senden.
Inzwischen dankt er den Offizieren und der
Mannschaft für das bisher geleistete und hofft,
daß sie gleich der Landarmee ihre Pflicht erfüllen
würden, wenn das Geschwader auslaufen hätte.
— Diese Depesche erzielte eine beruhigende Wir-
kung. Es gelang dem Geschwaderkommandanten,
das Offizierskorps zu einer eifrigen Anstrengung
zu veranlassen, daß es entschlossen sei, ruhmvoll
zu kämpfen oder unterzugehen. — Inzwischen
werden Verhandlungen mit einer englischen Werft
gepflogen, welche vorschlug, das Marinearsenal
für 5 Jahre zu übernehmen, sowie die Neubereit-
stellung und Ausbesserung aller Kriegsschiffe
durchzuführen und 6 neue Schiffe zu bauen und
zwar drei erster Klasse mit einem
Gehalt von 10 000 Tonnenn und drei zweiter
Klasse mit einem Gehalt von 6000 Tonnenn, wor-
bei eine kürzere Lieferzeit in Aussicht gestellt
wird, falls die Schiffe in England auf eigenen
Werften hergestellt werden könnten. Die Forderung
hätte als Gegenleistung 5 Millionen Pfund in
fünf Jahresraten zu bezahlen. Die Gesellschaft
würde türkische Arbeiter unter englischer Leitung
verwenden und türkische Kohle brauchen, verlangt
aber, wenn die Veranlagung englischer Kohle
sich als notwendig erweisen sollte, deren voll-
ständige Einfuhr und das gleiche Zugeständnis
für alle erforderlich werdenden Maschinen und
das sonstige Material. Die allgemeine Ansicht
geht aber dahin, daß dieser vorteilhafte und
sicherlich erwünschte Vorschlag bei der Fort-
dauer der bisherigen Marineverwaltung un-
durchführbar sei. Es gilt daher ein Wechsel in
der Leitung des Marine-Ministeriums, der sich
schon zur Beruhigung der erregten Stimmung als
wünschenswert erweisen dürfte, für kaum ab-
wendbar.“

Wenn sich diese Mitteilungen bestätigen
sollten, so würde England für sein seit Jahren
andauerndes geschäftliches Verhalten gegen den
„unansprechlichen Türken“ unansprechliche Vor-
teile für seine Industrie als Entlohnung erhal-
ten, während Deutschland für sein zur Genüge
bewiesenes Gerechtigkeitsgefühl, für die guten
Dienste, die es in jeder, namentlich in militä-
rischer Beziehung der Türkei geleistet, dadurch ge-
straft würde, daß seine Industrie bei der Re-
organisation des türkischen Flottenmaterials völ-
lig leer ausgehe. Wir zweifeln allerdings nicht
an der Richtigkeit der obigen Angaben. Es
mag sich um durch starke Beschäftigung unter-
stüßte Wünsche handeln, aber wir glauben und
hoffen, daß die deutsche Regierung für die deut-
schen Interessen auf der Wacht bleiben wird.

Im englischen Unterhause führte gestern der
Erste Lord des Schatzes Walfour aus, über die
künftige Organisation Kretas fänden unter den
Mächten Erwägungen statt, es sei aber noch
nicht möglich gewesen, mit der Türkei darüber
zu verhandeln, da zunächst noch über den Waffen-
stillstand und die Friedensbedingungen verhandelt
werden müsse. Ueber die Zurückziehung der tür-
kischen Truppen von Kreta und die Bildung einer
genügenden Streitmacht zur Aufrechterhaltung
der Ruhe auf Kreta würden jetzt Erörterungen
gepflogen. Parlaments-Untersekretär des Aus-
wärtigen beschränkte, daß der Ausfall mohame-
danischer Bauern aus Kandia vom 28. Mai ohne
Wissen des Gouverneurs erfolgt sei. Der eng-
lische Admiral habe Scheriffe angewiesen, auf
Entwaffnung der Mohammedaner, die den Angriff
begonnen hatten, zu bestehen.

aber den Schlachtfeld für allerlei Standarten
bildet. Auch die gestrige Sitzung gab davon wieder
beredetes Zeugnis. Der Abgeordnete Dr. von
Böckler erklärte, daß er die während der letzten
Sitzung in hochgradiger Erregung gethane An-
kündigung bedauere, zurücknehme und sowohl die be-
treffenden Herren wie das Haus deswegen um
Entschuldigung bitte. Dr. Baernteiler giebt
namentlich des verfassungstreuen Großgrundbesitzes
folgende Erklärung ab: „Mit Besorgnis blicken
wir auf die Entwicklung der Dinge in diesem
Hause und drücken unser tiefes Bedauern aus,
daß unsere parlamentarischen Einrichtungen Ge-
fahr laufen, schwer kompromittiert zu werden,
ohne daß von unserer Seite irgend etwas unter-
nommen wird, um durch Beilegung der tiefer
liegenden Ursachen dieser Erscheinungen Wandel
zu schaffen und zugleich die Möglichkeit herzu-
stellen, daß das Haus seine Arbeiten wieder auf-
nehmen könne. Gerade angesichts dieser be-
drückenden Erscheinungen ist die strikteste
Anwendung der Geschäftsordnung geboten. Wir
geben die Erklärung ab, daß wir die Auslegung
und Handhabung der Geschäftsordnung durch die
beiden Vizepräsidenten nicht zu billigen vermögen.“
Redner führt sodann die Paragrafen der Ge-
schäftsordnung an, welche nach seiner Auffassung
unrichtig gehandhabt worden sind, und schließt
mit der Bemerkung, daß die beiden Vizepräsi-
den eine große Verantwortung übernehmen, wenn
sie diese wesentliche Voraussetzung zur Herstellung
geordneter Verhältnisse außer Acht lassen. (Leb-
hafter Beifall links.) Hierauf protestieren die
Abgeordneten Dr. Steinwender, Dr. Funke,
Danzon und Dr. Bergelt gleichfalls gegen die
Handhabung der Geschäftsordnung durch die
beiden Vizepräsidenten. Sodann gelangt der
Protest der deutschen Fortschrittspartei wegen
dieses Anlasses zur Verlesung. Darauf folgt
die Verlesung der Erklärung der Mehrheits-
parteien, in welcher gegen den Protest der Fort-
schrittspartei Stellung genommen wird. Es heißt
darin, die Majorität solle den beiden Vizepräsi-
denten uneingeschränkte Anerkennung. (Lang an-
haltender Beifall rechts.) Angesichts solcher dem
österreichischen Staat nicht zur Ehre gereichender
Szenen (Großer Lärm links) sei es nicht an-
gemessen, von einem ungesetzten Vorgehen des
Präsidiums zu sprechen, eher wäre ein Protest
der Mehrheit gegen die Mißachtung des pa-
rlamentarischen Anstandes und gegen die Ver-
hinderung der parlamentarischen Arbeit durch
Obstruktion auf Kosten der Steuerzahler am
Platz. (Stürmischer Beifall rechts; ungeheurer
Lärm links.) Vizepräsident Dr. Kramarz er-
widerte auf die Anfrage und Erklärung Dr.
Baernteilers mit einer Interpretation der von
dem Redner angeführten Paragraphen der Ge-
schäftsordnung und weist den Vorwurf zurück,
daß das Präsidium an den im Hause herrschen-
den Zuständen Schuld trage. Das Präsidium
habe Alles zur Bewahrung der Geschäfts-
ordnung getan. Wenn man es aber beschimpfe,
dann müsse von allen Mitteln der Geschäftsordnung
Gebrauch gemacht werden. Wenn dem Präsidium
die Rechte des Präsidenten des englischen
Parlamentes zuständen, so würde es die Ordnung
hergestellt haben. Das Präsidium habe die
Pflicht, die Würde des Parlamentes zu wahren,
wenn die Minorität mit Gewaltthätigkeit und
Beschimpfungen gegen das Präsidium und die
Majorität vorgehe. (Beifall rechts, stürmischer
Widerpruch links.) Hierauf wird die Sitzung
auf zwei Stunden unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fanden
mehrere namentliche Abstimmungen über Ob-
struktionsanträge der Linken statt. Auf Antrag
Kraus besloß das Haus die dringliche Be-
rathung der Notstandsverordnungen; die Be-
rathungen wurden unverändert angenommen.
Bei Schluß der Sitzung beantragte Schönerer,
dem Präsidium wegen zahlreicher Verletzungen
der Geschäftsordnung das volle Mißtrauen des
Hauses auszusprechen und dasselbe aufzufordern,
zurückzutreten. Dieser Antrag fand genügende
Unterstützung.

Der Wiener Korrespondent der „Post. Ztg.“
gibt von der Sitzung folgendes Bild: Die
Sitzung wurde im ersten Theile durch Proteste
der Opposition gegen das Vorgehen beider Vize-
präsidenten und durch die Gegenklärung der
Mehrheitsparteien sowie des jungesetzlichen Vor-
sitzenden Kramarz angefüllt, wobei stürmische
Szenen nicht ausblieben. Den Beginn machte die
von Dr. Baernteiler abgegebene Erklärung der
liberalen Großgrundbesitzer, die hervorheben-
de, daß die parlamentarischen Einrichtungen öster-
reichs Gefahr laufen, schwer kompromittiert zu
werden, gegen die Handhabung der Geschäfts-
ordnung durch das Präsidium einschleichen Stellung
nahm. Weit schärfer lautete die von Stein-
wender abgegebene Erklärung der deutschen
Fortschrittspartei. Sie betont, der Entschluß,
die parlamentarische Thätigkeit zu hemmen, ent-
spreche dem Zustande der Nothwehr und
dem unbegreiflichen Willen der deutschen
Wählerkammer, und bezeichnet das Vorgehen
des Präsidiums als flagranten Rechts-
bruch. Hierauf verlangte Schönerer das Wort
zu fragen. Als ihm das Wort verweigert
wurde, entstand heftiger Lärm. Schönerer rief:
„Ich werde die Sitzung allein führen!“ Wofür
er: „Gottverfluchte Polakowenwirtschaft.“
Schließlich wurde Schönerer vom Vorsitzenden
durch das Versprechen befreit, daß er im
Sitzungsverlaufe das Wort erhalten werde. Am
Schlusse lautete die Erklärung der Sozial-
demokraten. In der von Danzons abgegebenen
Erklärung heißt es: „Wir erklären dieses Prä-
sidium dieser Majorität für unwürdig, die die
fortschrittlichen, mit Wahrenblut getränkten Ab-
stimmungen der polnischen Schlächte gutgeheßen
hat, die dann dreimal nach einander zu erklären
wagt, daß diese Abstimmungen die einzigen
den Dunkel des Legitimationsanspruches der
öffentlichen Kritik entzogen bleiben sollen. Wir
Sozialdemokraten erklären demnach, daß wir
diesem Präsidium, dessen Vorgehen wir hiermit
als ebenso unfähig wie böswillig brandmarken,
jede Achtung verweigern und es auf das ent-
schiedenste bekämpfen werden.“ Der Hauptsturm
brach los, als nach der Verlesung der bereits
bekannten Erklärung der deutschen Fortschritt-
spartei die Gegenklärung der Rechten von Dr.
Ebenhöch als Schriftführer verlesen wurde.
Jeder Satz der Gegenklärung begegnete auf
der Linken dem heftigsten Widerspruch. Eben-
höch mußte wiederholt mit der Verlesung inne-
halten. Die Entrüstung wuchs, als Ebenhöch
den Lärm durch lautes Vorlesen der Gegen-

klärung zu übertönen suchte. Die ganze Linke
brach in Schluß- und Pfuirufe gegen Ebenhöch
aus; man rief: „Das soll ein Slave lesen,
nicht ein Deutscher!“ Ebenhöch antwortete:
„Sie können stolz sein, wenn Sie so deutsch
wären wie ich!“ Die letzten Sätze der Gegen-
klärung verhallten in dem allgemeinen Tumult.
Die Rechte applaudirte, während die Linke
minutentlang zischte und wiederholt in Pfuirufe
gegen Ebenhöch ausbrach. Türk und Wolf
riefen den liberalen Abgeordneten zu: „Schämt
 Euch! Das sind deutsche Bauern!“ Wofür:
„Zusammen!“ Bergelt brandmarkte die Verlesung
der Gegenklärung durch einen deutschen
Abgeordneten. Nach weiteren Gegenreden der
Linken suchte der Vizepräsident Kramarz die
Saltung des Präsidiums zu rechtfertigen, fort-
während durch Gelächter, Lärm und Widerspruch
links unterbrochen. Als hierauf plötzlich die
Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen wurde,
hieß es allgemein, daß noch heute die Ver-
tagung des Parlamentes bevorstehe; allein die
Sitzung wurde wieder aufgenommen, ohne daß
diese Angabe sich bestätigte. Das Haus trat
dann in die namentlichen Abstimmungen ein.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser nahm gestern nach der Parade
militärische Meldungen entgegen, darunter die des
Obersten von Trotha, Kommandanten der kaiser-
lichen Schütztruppe in Deutsch-Ostafrika, und des
Kontenants von Thüngen, welcher zur kaiserlichen
Gesandtschaft kommandirt ist. Ins Schloß zu-
rückgekehrt, hörte der Kaiser einen kurzen Vor-
trag des Chefs des Militärkabinetts, Generals
von Hahn, sowie des Staatssekretärs des Aus-
wärtigen Amtes, Freiherrn von Marschall. — Die
Abreise des Prinzen Heinrich mit dem Kreuzer
„König Wilhelm“ zur Inbalkumreise nach Eng-
land ist, wie aus Wilhelmshafen gemeldet wird,
auf den 12. Juni festgesetzt. — Nach einer Mel-
dung des „Domb. Kor.“ aus Berlin verlautet,
Staatssekretär v. Marschall werde morgen
über morgen einen zweimonatlichen Urlaub
antreten. Staatssekretär von Marschall werde
sich auf seine badische Wohnung begeben. Die
Berliner Kunstwelt hat wieder einen herben Ver-
lust erlitten. Der bekannte Geschichtswissenschaftler
Prof. August von Henken ist gestern nach
schwerem Leiden gestorben. Er hatte am 13.
d. M. sein 70. Lebensjahr vollendet. — Zum
Präsidenten des protestantischen Ober-
konfessionsrats in Bayern wurde der Ministerial-
rath in dem Staatsministerium der Finanzen,
Alexander von Schneider, gewählt. — Die halb-
antidote „Weim. Ztg.“ erklärt die Mittheilung
der Münchener „Neuest. Nachr.“ für un-
gegründet, daß der Großherzog durch den Staats-
minister dem Redakteur der „Weim. Ztg.“ wegen
seiner Verleumdung des preussischen Ver-
eines eine Rüge habe ertheilen lassen. —
Wie aus Kiel gemeldet wird, werden bei Fried-
richsort im Juni Uebungen mit einem Fessel-
ballon stattfinden. Für diese Manöver wird
ein aus Mannschaften der Marineinfanterie und
des Seebataillons bestehendes Hülfesbataillon
unter dem Kommando des Kontenants zur See
Köhler gebildet werden. Sämtliche Kriegsschiffe
haben Befehl: erhalten, den Ballon, falls er sich
losgelöst und nach der Dister treiben sollte, zu
verfolgen und in Sicherheit zu bringen. — Es
ist das von Professor Mangel-Garoltenburg
hergestellte und mit der goldenen Medaille ge-
ehrte Werk „Friede von Waffen besichert“,
das der Staat angekauft hat und in Bronze
ausführen lassen will. Der Kultusminister Dr.
Vosse hat das Kunstwerk seiner Vaterstadt an-
geboten in der Erwartung, daß ein geeigneter
Platz zur Aufstellung vorhanden ist, und daß die
Stadt Dueding die Kosten des Postaments,
der Aufstellung u. dergleichen, übernimmt. — In wohl-
unterrichteten Kreisen ist in Bezug des Gerüchts
verbreitet, daß zwischen der Regierung und dem
päpstlichen Stuhle lebhaftere Verhandlungen über
die Ernennung eines Weibbischofs mit dem
Rechte der Nachfolge für die Diöcese Metz ge-
führt werden und dem Abgange nahe sind. Was
die Person dieses hohen geistlichen Würdenträgers
anbetrifft, so ist es Niemand anders als der
fürzlich zum päpstlichen Kammerer ernannte
Abbe Jörn von Dulach, der Bruder des Stras-
burger Unterstaatssekretärs. Die Ernennung
zum Kammerer soll nur eine Erleichterung des
Ueberganges sein. Als solcher steht der kaum
über 30 Jahre alte Vater mit dem Dompropsten
im Range gleich, aus deren Mitte bisher mei-
stens die Bischöfe genommen wurden. Der
Bischof von Metz ist schon seit langen Jahren
so leidend, daß er vertreten werden muß,
meistens durch den Treierer Bischof Korun,
und nach der Art seines Leidens — Gehirn-
erweichung — ist an Wiederherstellung nicht zu
denken.

Deutschland.

Berlin, 2. Juni. Die große Frühjahrsparade
ist für Berlin immer ein Fest, das in die weitesten
Kreise hinein freudige Theilnahme erweckt. Als
gestern Morgen die goldene Juni Sonne am klaren
blauen Himmel emporstieg, da mögen Tausende das
echte „Kaiserwetter“ froh begrüßt haben. Schon
um 7 Uhr rollte Equipage auf Equipage durch
die Bellevueallee, die ebenso wie die Fried-
richstraße vielfach Fahnenhüpfen angelegt hatte,
während die Schaar der Fußgänger sich wie ein
breiter schwarzer Strom dem Paradedeile zu be-
wegte. Die Standarten-Gesadron und Fahnen-
kompanie rückten unter klingendem Spiel nach
dem königlichen Schloß, um die Fahnen und
Standarten der an der Parade theilnehmenden Re-
gimenter abzuholen. Auch die Schützmannschaft
zu Fuß und zu Pferde begann ihres schweren
Amtes zu warten. Der grüne Plan des zweiten
Paradedeiles, auf dem man erst nach der Orien-
tirungstafeln für die Truppenaufstellung bemerkt
hatte, begann sich allmählich zu beleben, die Re-
gimenter zogen von allen Seiten herbei und
rückten in ihre Plätze ein. Die Parade war in
zwei Treffen aufgestellt und zog sich von der
Potsdamer bis zum Eisenbahnbaum der Ver-
bindungsbahn. Der kommandirende General,
General der Infanterie von Winterfeld, hielt mit
dem Chef des Generalstabes des Gardekorps,
Obersten von Scheffer, vor der Parade. In-
zwischen hatten sich viele hohe Offiziere, das
Quartierier Sr. Majestät, die Generaladjutanten,
der Chef des Generalstabes, die Stäbe der

Divisionen und Brigaden, die Militärattachees
der fremden Staaten u. a. eingefunden, sämtlich
in Parade-Uniform mit den Ordensbändern. Zu
Bogen erschienen die Prinzessin Friedric Leopold
und die Prinzessin Aribert von Anhalt. Kurz
vor 9 Uhr sprengten der Kaiser und die Kaiserin
heran, gefolgt von den Flügeladjutanten, dem
Oberstallmeister Grafen von Wedell, den Trom-
petern der Leibgardemarie und weiteren Gefolge.
Der Kaiser trug Generaluniform mit dem Bande
des Schwarzen Adlerordens, die Kaiserin ein
weißes Reitkostüm, welches der Uniform der
alten bayreuther Dragoner sich angeschlossen, mit
einem schwarzen Dreimaster. Auch die Kaiserin
trug das Band des Schwarzen Adlerordens.
Nach der Begrüßung mit den Prinzeßinnen ritten
die Majestäten, die Fürstlichkeiten und das ge-
samte Gefolge die Front ab. Die Truppen
präsentirten, die Spielleute schlugen, die Haupt-
boisten ließen den Präsentirmarsch erklingen,
und die Fahnen senkten sich zur Erde. Das
zweite Treffen wurde vom linken Flügel aus
gelesen. Hierauf sprengte das Kaiserpaar zu
dem historischen Platz bei der einsamen Pappel,
um den Parademarsch abzunehmen. Hinter den
allerhöchsten Herrschaften hielt zu Pferde die
glänzende Suite. Insbesondere die Militär-
attachees in ihren zum Theil sehr malerischen
Uniformen geben dieser Gruppe einen eigenartigen
Reiz vom höchsten Forberichthum. Auch der
große Wagenpark der Zuschauer war eigens dem
und gab mit den hellen Toiletten der Damen
einen hübschen Hintergrund für das blickende
Bild ab. Man bemerkte Minister und Angehörige
des diplomatischen Korps mit ihren Damen und
zahlreiche Mitglieder der ersten Gesellschafts-
kreise. Der Vorbeimarsch fand für die Infanterie
in Kompagniefronten statt, das zweite Treffen
defilirte in Trabe, die Kavallerie in Geladronen-
fronten mit ganzem Tiefschritt, die Artillerie
in Batteriefront, der Train in Kompagniefront.
Die alten preussischen Marschweisen erklangen, und
in tadellosen Linien, die bei der heimatlichen
Staubfreiheit bis zum linken Flügel hindurch
klar zu erkennen waren, kam Regiment auf Re-
giment vorüber. Nach Beendigung des Parade-
marsches hielt der Kaiser die Kritik ab und
nahm eine große Reihe militärischer Meldungen
entgegen, worauf er an der Spitze der Fahnen
und Standarten in das königliche Schloß zurück-
kehrte. Die Kaiserin hatte bereits vor der Kritik
das Paradedeile verlassen. Lange dauerte es, be-
vor sich die Menge verlaufen hatte, und Berlin
wieder sein gewohntes Aussehen zeigte.

Der vor einiger Zeit vor der Strafkam-
mer in Hildesheim verhandelte Prozeß des Pri-
vatschreibers Pfahl in Hannover, des Spezialisten
in Begnadigungsgesuchen, hatte viel Aufsehen er-
regt und das Abgeordnetenhaus beschäftigt. Der
Justizminister hatte sich in der Verhandlung sehr
scharf gegen den als Vertreter der Staatsanwaltschaft
fungirenden Pfahl offen geäußert,
der eine Begnadigung begehrt hatte. Jetzt wird
der „Deutschen Tageszeitung“ aus Hildesheim
geschrieben:

„Herr Dr. Otten, der schon vier Jahre
lang bei der hiesigen Staatsanwaltschaft als be-
solodeter Anwalt beschäftigt ist, und dessen Fleiß
und Thätigkeit über jeden Zweifel erhaben sind,
ist vom 1. Juni ab als unbesoldeter Anwalt an
das hiesige Amtsgericht versetzt worden. Das
bisherige Kommissionsamt bei der hiesigen Staats-
anwaltschaft ist in ein Definitivum umgewandelt
worden, und der Gerichtsassessor Schmidt, der
erst seit einem halben Jahre bei der hiesigen
Staatsanwaltschaft beschäftigt ist, ist zum Nach-
folger Otten's ernannt worden. Thatsache ist
auch, daß der Privatschreiber Pfahl wegen einiger
von Anwalt Otten in amtlicher Eigenschaft wäh-
rend der Verhandlung vor der Strafkammer ge-
thanten Äußerungen gegen diesen eine Privat-
klage erhoben hat, während Anwalt Otten einen
Strafantrag, den er am 1. Juni gegen Pfahl wegen
eines im „Hannoverschen Anzeiger“ erschienenen
befeidigenden Artikels gestellt, zurückgezogen hat
(oder hat zurückziehen müssen). Ob Anwalt
Otten unter diesen Umständen noch weiter in
der staatslichen Beamtenkarriere verbleiben wird,
dürfte mehr als fraglich sein. Derselbe wird
zunächst seine neue Stellung nicht antreten, son-
dern erst eine achtwöchige militärische Uebung
absolviren.“

— Oberst Liebert, der Gouverneur von
Deutsch-Ostafrika, berichtet im „D. Kol.-Bl.“
über die Inspektionsreise, die er zu Beginn d. J.
durch den Norden Ostafrikas unternahm. Es
heißt darin:

Am 31. Januar begann ich die Bereisung
der Küstengebiete des Nordens und des Pflanzungs-
bezirk in Ostafrika. Zu meiner großen
Freude sah ich auch in Vagamojo, Saadani und
Bangan, was mich schon bei meiner Ankunft im
Schutgebiet in Tanga und Dar-es-Salaam mit
Genugthuung erfüllt hatte, welche erstklassige
Wandlung alle diese Orte erfahren haben, seit
ich sie 1890 sah. Von Saadani stand damals
beinahe gar nichts; jetzt dehnt sich zu
ihren Füßen eine breitschultrige sandige Stadt von
600 Häusern aus, in denen 4000 Menschen fast
ausschließlich von den Erträgen des sehr regen
Kornerverkehrs leben. Vagamojo hat durch
das eindringende Goldgebäude mit seinen beiden
Flügelthürmen, durch das im Bau begriffene
hübsche Bezirksamt und die große Zahl steinerne
Privathäuser eine an Sanität erinnernde, groß-
städtisch anmutende Strasse (Front) bekom-
men. Verhältnismäßig am wenigsten verändert
sah ich das landschaftlich herrlich gelegene
Bangan; es hatte durch den Aufstand weniger
gelitten und erwachte durch die gedrängten
Finsten seiner eng aneinandergerückten Stein-
häuser durchgreifende Änderungen in hohem
Maße. Sämtliche Orte prangten in reichem
Schmuck von Palmen, jedes Haus, fast jede
Schmähthe lieh die deutschen Farben dem Dache
weihen. Die Bevölkerung nahm überall er-
wünschten Anlaß, ihrer Freude durch Gema-
schungen Ausdruck zu geben. In Vagamojo
waren es die Indier, geführt von dem inzwischen
verstorbenen Sewa Dadi, in Bangani die Araber,
welche ein Schaar erbaten, um ihre Salas
dazubringen.“

Oberst Liebert beschränkte sich nicht darauf,
die Städte und größeren Orte an der Küste oder
in deren unmittelbarer Nähe zu besuchen, son-
dern dehnte seine Reise vornehmlich auf die
Plantagen in Usambara aus, um einen Einblick
in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu
gewinnen. So besuchte er die Plantagen Kito-
peni, Lema, Agia, Riva Muro, die dem Prinzen

Albrecht gehört; ferner Ngwelo, Bulwa und
Magroto. Er berichtet über die Entwicklung
jeder einzelnen dieser Pflanzungen und faßt dann
sein Urtheil über die Landchaft Usambara wie
folgt zusammen:

„Was ich in Usambara gesehen habe, er-
füllt mich mit Hochachtung vor der deutschen
Arbeit. Die Bevölkerung beginnt überall die
Scheit vor den Europäern mehr und mehr abzu-
legen; als ich mich Magilla näherte — Bezirk
des Alida Abdallah von Segu, — krönten aus
jedem Dorfe die Männer mit Trommel- und
Paukenschlag herbei, geführt von dem Zumben,
welcher sich die schwarz-weiß-rothen Farben mit
Stolz vorantrug. Die Frauen hatten sich
mit den kleinen Kindern überall am Wege auf-
gestellt und riefen freundlich ihr Zumbo Bana.
Gegen Magilla und Mubesa zu mag der mich
begleitende Zug auf einige Hundert mit 50
Fahren angeschwollen sein. Der Neger be-
geistert sich leicht, aber immerhin sieht man, daß
er hier weilt, unter deutscher Herrschaft zu stehen.
Ob er, oder ob er bald einen brauchbaren
Arbeiter abgiebt, ist allerdings eine offene Frage,
welche meines Erachtens von der Wurzel aus
nur gelöst werden kann, wenn ein Mittel gefun-
den wird, ihn zur Arbeit zu erziehen, das heißt
zu zwingen. Auf welche Weise das zu erreichen
ist, wird demnächst Gegenstand eingehender Er-
mittlungen sein. Daß er das Zeug hat, einen
tüchtigen Arbeiter abzugeben, wird von den
Pflanzern nicht bestritten. Immerhin muß es
schon als großer Fortschritt gelten, daß wir
bereits in der Lage sind, die Distrikte nach
und nach ganz durch Afrikaner, wenn auch zu-
nächst Banyama, Wajutuma und Wamamweh,
zu erziehen. Einige Pflanzern sind bereits ent-
schlossen, nach Ablauf der Beträge Chinesen
und Malaien nicht mehr anzunehmen. Die
Wajutuma werden, von den Fleischpflanzern
Usambaras gelocht, zurückgekehrt und sich allmählich
an längeres Ausarbeiten gewöhnen. Die erwerbs-
samen Wamamweh arbeiten gern auf den
Pflanzungen in der Zwischenzeit zwischen An-
kunft und Rückkehr der Trägerkarawanen, nach
und nach werden sie immer mehr Stammesgenossen
auf die Plantagen bringen. Die energischen und
anfassenden Wamamweh, welche in der Wert-
schätzung als Arbeiter oben stehen, hoffe ich
durch die Station Ujidi nach Usambara zu
ziehen. Die Hauptfrage in der Arbeiterfrage
erscheint mir aber ein planvolles Zusammenwirken
der Pflanzern unter Vermittelung jeglicher Frei-
zei; durch die Anstellung eines gemeinsamen
Arztes, durch die Hinaufhebung des Verens von
Rode nach Usamweh ist im vergangenen Jahre
der erste Schritt zu einem solchen Zusammen-
schluß gethan. Der Mitt auf prächtigen Wegen
durch die Usambarapflanzungen mit den Hundert-
tausenden kräftiger Kaffeebäume, durch den hoch-
stämmigen Urwald oder die weiten Rodungen ist
bermerkwürdig; überall deutsche Arbeit, deutscher
Fleiß, deutsche Sorgsamkeit in schüler Ent-
faltung. Gewiß ist der Beweis noch nicht ent-
schieden, daß das aufgewendete Kapital sich
hier rentirt; aber nichts spricht für das
Gegentheil: Millionen von Bäumen stöken in
Kraft und Gesundheit. Wenn es aber glückt,
braucht uns für die Zukunft nicht bange zu
sein; denn wenn Usambara zum größten
Theile aus vergeblichen ist, so ist es doch erst
am allerersten unter Kultur. Unter Uewa bin ich
zwei Tage lang durch wasserreiches, üppiges
Land geritten, das so gut wie Uewa allen An-
forderungen zu entsprechen scheint. Erfahrene
Pflanzern sind der Ansicht, daß große Theile der
Landchaft Bunde für Liberiaaffäre sich außer-
ordentlich eignen werden.“

Spanien und Portugal.

Die Sonnenfinsternis vom Jahre 1900 hat
im spanischen Senat zu einer lebhaften Debatte
Veranlassung gegeben. Der Senator Fabie er-
innerte das Ministerium daran, daß die erwünschte
Finsternis in Europa nur von einem Theile
Spaniens aus sichtbar sein und deshalb eine
große Anzahl Gelehrter und ausländischer Kom-
missionen nach der spanischen Halbinsel laden
werde, die man würdig empfangen müsse; die
Regierung möge auch dafür Sorge tragen, daß
es in den spanischen Observatorien nicht an Be-
obachtungsmaterial fehle. Der Marineminister
Verdager erklärte darauf, daß der Genialität
Fahie ruhig sein könne, denn Spanien werde
seine Pflichten erfüllen. Aber der frühere
Fomentminister (etwa Kultusminister) Voss hielt
es für notwendig, den Marineminister zu rekti-
fiziren. „Am 28. Mai 1900“, sagte er emphatisch,
„wird eine totale Sonnenfinsternis stattfinden, die
von Alicante bis Porto sichtbar sein wird. Die
ausländischen Kommissionen werden mit dem
Personal unseres Observatoriums zufrieden sein,
aber, was das Material betrifft, sind wir noch
ein halbes Jahrhundert zurück.“ Voss em-
pfohl darauf dringend die Ergänzung des fehlen-
den Materials, und damit war die Diskussion
beendet.

England.

Im englischen Unterhause erklärte gestern
der Staatssekretär für die Kolonien Chamber-
lain, in Kanada eingeführte englische Waaren
würden jetzt zu den Sägen des niedrigeren Zoll-
tarifes zugelassen. Die von der deutschen und
der belgischen Regierung erhobenen Einsprüche
unterliegen der Verabreichung der Kronjuristen. —
Der Staatssekretär für Indien Hamilton er-
klärte, in den fünf Jahren, die dem am 26.
Juni 1893 erfolgten Schlusse der indischen
Kriegen vorangingen, habe die Silberzufuhr in
Indien durchschnittlich 112½ Millionen Rupien
jährlich betragen, in den drei Jahren seit 1893
dagegen durchschnittlich 60½ Millionen Rupien;
die Abnahme betrage also ungefähr 44½ Pro-
zent. Die Nettozufuhr des Jahres 1896-97
sei die kleinste seit 1881-82 gewesen. Hamilton
bezeugte, daß in den Eingeborenen-Staaten
Silber eingeführt und dort gemünzt werde, um
aus der Silberzufuhr nach dem britischen Ge-
biet Gewinn zu ziehen, da der Eingangszoll auf
Silber in den Eingeborenen-Staaten nicht
niedriger sei als im britischen Gebiet. Die
Silberzufuhr sei nicht der einzige Faktor, wel-
cher auf den Wechselkurs Einfluß habe; ihm
sei kein Grund für die Annahme bekannt, daß
die Fluktuationen des Wechselkurses, die in der
letzten Zeit übrigens viel geringer gewesen seien
als in früheren Jahren, der Silberzufuhr zu-
schreiben seien. Die Regierung beabsichtige daher
unter diesen Umständen nicht, die im Jahre 1893
begonnene Politik, nämlich die Schließung der

„Alweil gut Deutsch.“

Das ist der Wahlspruch, welcher jetzt im
österreichischen Abgeordnetenhaus in den verschiede-
nen Varianten verflücht wird, gleichzeitig

Samia bleiben nur Bispopen.